



Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/2268

VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
<https://www.mwg.rlp.de>

Vorsitzende des
Ausschusses für Wissenschaft
Frau Marion Schneid, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

18.07.2022

Mein Aktenzeichen
0102-0005#2022
/0004-1501 MB

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Lucas Muth
lucas.muth@mwg.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2871

7. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 27.04.2022
TOP 7: 8-Punkte-Plan zur Unterstützung ukrainischer Studierender und
Forschender,
hier: Zusage des Sprechvermerks

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der 7. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 27.04.2022 zugesagt,
übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk zum o.g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch

Ausschuss für Wissenschaft am 27.04.2022

Vorlage 18-1731; Antrag der Fraktionen der SDP, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT

Betreff: „8-Punkte-Plan zur Unterstützung ukrainischer Studierender und Forschender“

SPRECHVERMERK

Anrede,

lassen Sie mich kurz auf die Auswirkungen eingehen, die die Ukraine-Krise auf unser Hochschulsystem hat und den 8-Punkte-Plan vorstellen, der in Anlehnung an das Hochschulfinanzierungsprogramm „Wissen. Schafft. Zukunft“ den Titel „*Wissen. Schafft. Frieden*“ trägt.

Der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) erwartet bundesweit bis zu 100.000 flüchtende ukrainische Studierende und Forschende. Um diese Menschen zu unterstützen haben unsere Hochschulen in enger Abstimmung mit uns folgende Maßnahmen ergriffen, um Leid zu lindern und ein Fortkommen junger Menschen bei einer Hochschulausbildung zu fördern. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen haben sich an ihren Standorten gut vorbereitet. Zunächst geht es kurzfristig um die Vermittlung von Hilfe in besonderen Notlagen. Unser langfristiges Ziel ist es, diese jungen Menschen in unsere Hochschulen zu integrieren, sie dort auszubilden und damit auch kluge Kräfte für das Land zu gewinnen.

Schon in den ersten Tagen nach Beginn des Konflikts gab es ad hoc-Maßnahmen, von denen unmittelbar die rund 260 ukrainischen Studierenden, die aktuell an den rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben sind, profitiert haben.

Neben psychosozialer Betreuung gehört dazu auch ein Nothilfefonds, um aufgrund des Krieges in Notlage geratenen Studierenden und Forschenden eine schnelle und pragmatische Hilfe anzubieten. Wir haben dazu die Stipendienstiftung Rheinland-Pfalz mit zusätzlichen 150.000 Euro ausgestattet, um individuelle finanzielle Notsituationen abzuwenden. Dabei sollen vor allem Studierende mit ukrainischer Staatsbürgerschaft unterstützt werden, aber in Einzelfällen auch andere internationale Studierende, die unmittelbar von den Auswirkungen des Krieges betroffen sind.

Parallel dazu haben wir mit unseren Hochschulen einen 8-Punkte-Plan konzipiert, den ich gerne erläutern möchte. Dieser Plan schafft die Voraussetzungen, um ukrainische Flüchtlinge, die ein Studium weiterführen oder aufnehmen möchten, in unser Hochschulsystem zu integrieren.

Wie sieht der Plan aus?

Punkt 1 ist der Ausbau der Ressourcen an den Hochschulen, um die fachlichen und sprachlichen Voraussetzungen der Ankommenden - kurz: die Hochschulzugangsberechtigung – zu prüfen und festzustellen. Dies erfolgt anhand von Zeugnissen und Studiennachweisen, die im Übrigen in der Ukraine häufig digital vorliegen. Diese Aufgabe wird von der Hochschule Kaiserslautern und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz federführend für das ganze Land übernommen, da hier

die beiden Internationalen Studienkollegs angesiedelt sind. Die Internationalen Studienkollegs vermitteln im Regelfall ausländischen Personen, die sich für ein Hochschulstudium bewerben und deren im Ausland erworbene Hochschulreife einer deutschen nicht entspricht, die zusätzlich für ein erfolgreiches Studium erforderlichen fachlichen und sprachlichen Voraussetzungen.

Das Wissenschaftsministerium wird hier jeder der beiden Hochschulen kurzfristig Mittel zum Ausbau der personellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Punkt 2 besteht in einer Unterstützung bei der Vermittlung der deutschen Sprache bis zum Level C1 Hochschule. Unsere Hochschulen können hier schon auf Strukturen zurückgreifen, wie z. B. Sprachlehrzentren. Wir werden Mittel aus unserem Einzelplan bereitstellen, um bei Bedarf rasch weitere Sprachlehrkräfte zu finanzieren.

Punkt 3 betrifft die Koordination weiterer Angebote, wie beispielsweise die Schaffung von Wohnraum in Form kurzfristig benötigter Gemeinschaftsunterbringungen in größeren Hallen der Hochschulen (insbesondere Sporthallen). Hier stehen die Hochschulen bereits mit den Landkreisen und kreisfreien Städten in Verbindung. Auch unsere Studierendenwerke helfen kräftig mit.

Punkt 4 wird von den psychologieführenden Universitäten des Landes umgesetzt und weiterentwickelt. Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz, die Universität Koblenz-Landau und die Universität Trier haben ein psychosoziales Unterstützungsangebot ausgebaut, das vor allem traumatisierten Geflüchteten hilft.

Punkt 5 nimmt die Ankommenden im Alltag in den Blick. Durch Buddy-Programme wird die Bewältigung der vielfältigen Alltagsherausforderungen (Bank, Apotheke, Behörden) erleichtert. Hier zeigen insbesondere die Studierenden eine enorme Hilfsbereitschaft, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen. Die Hochschulleitungen haben mit einem beispiellosen Einsatz die Koordination der Aktivitäten in den Hochschulen in die Hand genommen.

Punkt 6 soll den geflüchteten Studierenden, aber auch Studieninteressierten unser Hochschulsystem anschaulich machen. Mit einer Science Convention (virtuellen Hochschulmesse), die gegenwärtig von den Hochschulen organisiert wird, erhalten die Geflüchteten einen Überblick über Studienangebote, Beratungsmöglichkeiten, Zugangsvoraussetzung, Berufsperspektiven und sie lernen Ansprechpersonen in den Hochschulen kennen.

Punkt 7 sieht vor, die Kooperationen und Kontakte der Hochschulen zu regionalen Unternehmen zu nutzen, um Praktika oder Werksstudentenjobs zu vermitteln. Mittel- und langfristig dient dies auch dazu, die vielen klugen Köpfe an unser Land zu binden.

Punkt 8 sichert unseren Nothilfefonds ab. Falls mehr Mittel als die 150.000 Euro benötigt werden, können wir aufstocken. Ergänzt wird dies durch finanzielle Hilfen der Studierendenwerke für eingeschriebene Studierende in Form von Barbeihilfen und Freitischen.

Bislang ist die Nachfrage an den einzelnen Standorten noch überschaubar und gut organisierbar. Die Unterstützungsbereitschaft an den Hochschulen ist groß, die Studierenden organisieren und helfen mit. Wenn die Nachfragen in den kommenden Tagen und Wochen zunehmen, sind wir gut gerüstet.